

Covid: Kein Treffen der Kroaten

Einzelne Teilnehmer erwartet, Gegendemo angemeldet, Verbot gefordert

Das umstrittene Kroatentreffen auf dem Loibacher Feld bei Bleiburg muss auch heuer wegen der Corona-Pandemie ausfallen. Dennoch rechnet die Polizei mit Teilnehmern, auch eine Gegendemo ist angemeldet. Landeschef Peter Kaiser fordert ein Verbot des Treffens.

Die Gegendemo ist jedes Jahr so fix wie das Treffen selbst: „Für das Verbot des Ustascha-Treffens in Bleiburg“, steht auf dem rechten Plakat.

Nicht nur kroatische Flaggen, sondern auch Ustascha-Fahnen, Nazi-Symbole und den Hitlergruß sieht man beim umstrittenen Kroatentreffen immer wieder.

Eine Woche nach dem Muttertag treffen sich jedes Jahr Kroaten aus aller Welt bei der Gedenkstätte auf dem Loibacher Feld – sie erinnert an das Massaker von Bleiburg. 1945 schickten die Engländer Tausende Ustascha-Soldaten mit ihren Angehörigen nach Jugoslawien zurück, wo sie im Grenzgebiet von jugoslawischen Partisanen ermordet wurden.

Das sogenannte Kroatentreffen ist seit Jahrzehnten aber auch Versammlungsort für ultranationalistische und faschistische Kräfte. Immer wieder werden bei diesen Treffen Ustascha-Symbole gesehen, auch Verstöße gegen das Verbotsgesetz sind keine Seltenheit; es hat deshalb schon mehrere Verurteilungen gegeben.

Heuer hat der „Bleiburger Ehrenzug“, der das Treffen üblicherweise organisiert, bisher aber noch keine Veranstaltung angemeldet. Trotzdem erwartet die Polizei einzelne Teilnehmer: Österreichische Kroaten könnten dabei sein, Einreisende aus Kroatien müssten ja zuerst in Quarantäne. Deshalb werden auch die Grenzübergänge Grablach, Raunjak und Lavamünd überwacht.

Vermehrte Kontrollen wird es am Samstag zwischen 9 und 16 Uhr auch direkt am Loibacher Feld geben. „So wollen wir Konflikte zwischen Teilnehmern des Treffens und der Jüdischen Hochschülerschaft, die eine Gegendemo angemeldet hat, von vornherein verhindern“, heißt es bei der Polizei. Froh über das Ausbleiben des Kroatentreffens ist Landeshauptmann Peter Kaiser, der die öffentliche Zurschaustellung einer „zurecht verbotenen Ideologie“ verurteilt: „Derartige Kundgebungen dürfen einfach nicht stattfinden, schon gar nicht auf österreichischem Grund und Boden!“

Kronen Zeitung, Clara Milena Steiner, 14.05.2021, S. 16